

# Regierungsratsbeschluss

vom 20. September 2011

Nr. 2011/2010

KR.Nr. I 031/2011 (VWD)

## Interpellation Felix Lang (Grüne, Stüsslingen): Atomausstieg statt Steuersenkungen (22.03.2011)

### Stellungnahme des Regierungsrates

---

#### 1. Vorstosstext

Die neuen Fakten sind klar: Was wir für nicht möglich und doch nicht ganz für unmöglich hielten ist Tatsache. Atomkraftwerke halten Naturkatastrophen nicht stand. Damit haben der AKW-Standort Kanton Solothurn und insbesondere die Region Niederamt schlagartig ein grosses Problem. Wie wirkt sich dies auf die Region und den Kanton aus? Wie wäre wohl die sozioökonomische Studie nach dieser neuen Erkenntnis ausgefallen? Jetzt haben der Kanton und die Region Niederamt definitiv ein grosses Image-Problem, das sich nicht durch Steuersenkungen und durch einen Platz im vorderen Mittelfeld im Ranking der Kantone aufheben lässt.

Wir stellen dazu folgende Fragen:

1. Wie gross war bereits vor der neuen Erkenntnis (AKW Havarie in Japan) der Imageschaden in Form von Minderwert von Liegenschaften in der Agglomeration um das AKW Gösgen in Fr.? Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass dieser Schaden nun noch beträchtlich höher wird? Kann der Regierungsrat auch diesbezüglich Zahlen nennen?
2. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass es um diesen Schaden abzuwenden und für einen wirtschaftlich neu aufblühenden Kanton nur noch den Ausweg einer vernünftigen Kehrtwende, Atomausstieg und Anbauschlacht für Energieeffizienz und erneuerbare Energie, gibt? Wie begründet der Regierungsrat die Antwort?
3. Wie gross wäre der jährliche kantonale Investitionsbeitrag in Fr., wie gross wären die jährlichen Gesamtinvestitionen, die dadurch ausgelöst würden und wie viele Arbeitsplätze würden dadurch geschaffen, wenn der Kanton für diese Kehrtwende jährlich
  - a) 5 Steuerprozentpunkte
  - b) 10 Steuerprozentpunkte
  - c) 15 Steuerprozentpunkte einsetzen würde?
4. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass eine solche Kehrtwende mit entsprechenden Investitionen weit über die Kantonsgrenze, ja Landesgrenze hinaus zu einem Image führt, das in jeder Hinsicht, insbesondere als Wirtschaftsstandort, viel positiver wirkt als entsprechende Steuersenkungen? Wie begründet der Regierungsrat die Antwort?

#### 2. Begründung (Vorstosstext)

#### 3. Stellungnahme des Regierungsrates

Wir sind betroffen von der Nuklearkatastrophe in Fukushima; ein Ereignis, das auch für uns so nicht voraussehbar und bisher auch nicht vorstellbar war. Die Realität hat uns eingeholt und dabei aufgezeigt, wo die Grenzen liegen. Wir verfolgen die schwerwiegenden Ereignisse in Japan mit grosser Aufmerksamkeit und Sorge. Aus Rücksicht und Fairness gegenüber der betroffenen Bevölkerung lehnen wir es aber kategorisch ab, aus diesem Ereignis politisches Kapital zu schlagen. Wir sind uns bewusst, dass dieses Ereignis auf die künftige Energiepolitik der Schweiz Aus-

wirkungen haben wird. Der Bundesrat hat aufgrund der aktuellen Situation mit seinem Entscheid vom 25. Mai 2011 einen geordneten Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Ein gesetzliches Verbot der nuklearen Technologie auch für die ferne Zukunft lehnt der Regierungsrat vor dem Hintergrund möglicher technologischer Fortschritte jedoch ab. Damit steht die Schweiz vor bedeutenden, energiepolitischen Veränderungen.

### 3.1 Zu Frage 1

Die von der Gemeindepräsidentenkonferenz Niederamt in Auftrag gegebene Studie "Sozioökonomische Wirkungen der kerntechnischen Anlagen im Niederamt" (Sozioökonomische Studie) behandelt die Themen Wohnbauland, Leerwohnungsbestand, Investitionstätigkeit in den Wohnungsbau sowie Preise für Wohnbauland. Sie kommt zum Schluss, dass trotz ausreichender Baulandreserven an guten Lagen die Bevölkerung in den Jahren 1970-1990 im Vergleich zur gesamten Schweiz, zu den Kantonen Solothurn und Aargau sowie zum Bezirk Gäu unterdurchschnittlich zugenommen hat. Das Niederamt weist im Vergleich zur Schweiz überdurchschnittlich hohe Wohnungsleerbestände auf. Insgesamt sind die Preise für Wohnbauland<sup>1)</sup> im Niederamt tiefer als für vergleichbare Lagen im aargauischen Teil der Agglomeration Aarau. Dank diesen tieferen Preisen ist insgesamt eine gute Nachfrage nach Bauland gewährleistet. Höhere Preise werden in den Gemeinden mit guten Lagen und tendenziell höheren Einfamilienhausanteilen geboten. In Däniken sind der tiefe Steuerfuss, der hohe Anteil an Arbeitsplätzen und die geringe Verfügbarkeit Gründe für ein überdurchschnittliches Preisniveau. Die beiden Gemeinden Obergösgen und Niedergösgen liegen im mittleren bis unteren Preissegment. Beide Gemeinden haben gleichzeitig überdurchschnittliche Leerstandsquoten. Dies ist erstaunlich, da beide Gemeinden über sehr gute Lagen verfügen. Die Studie schliesst in diesem Fall einen negativen Einfluss des Kernkraftwerks Gösgen nicht aus. Das Immobilienrating von Wüest & Partner schätzt den Bezirk Gösgen, zu welchem grosse Teile des Niederamts gehören, sowohl was die Einfamilien- als auch was die Mehrfamilienhäuser betrifft, tiefer ein als die Nachbarbezirke Olten und Gäu und auch tiefer als den Kanton Solothurn insgesamt.

In einer Masterarbeit der Universität Bern untersuchte Roman Ballmer die Auswirkungen von nuklearen Anlagen auf die Immobilienpreise. Diese Arbeit verfolgt den Ansatz, die Auswirkungen der Kernkraftwerke Beznau I und II, Gösgen, Leibstadt und Mühleberg auf die Schweizer Immobilienpreise zu untersuchen. Um die Vermutung des negativen Zusammenhangs verifizieren zu können, wurden drei Modelle anhand von knapp 37'000 Einfamilienhäuser aus dem Zeitraum 1981 bis 2007 getestet. Das zentrale Kriterium bei den Analysen stellt die Risikokomponente eines Kernkraftwerks dar. Entgegen den Erkenntnissen der Literatur geht aus den Regressionsanalysen hervor, dass die Nähe zu einem Kernkraftwerk den Preis einer Liegenschaft erheblich beeinflusst. Je nach Wahl des Modells beträgt der Wertverlust für ein Haus in unmittelbarer Nähe einer Anlage zwischen 5 % und 10 % im Vergleich zu einem identischen Objekt mit einer Entfernung von fünfzehn bis zwanzig Kilometern. Die grössten Preisabschläge zeigen sich jedoch nicht bei den Liegenschaften direkt neben den Kernkraftwerken, sondern in der Peripherie zwischen zweieinhalb und vier Kilometern. Die Ergebnisse der Studie liefern Evidenz, dass die Präsenz eines Kernkraftwerks massgeblichen Einfluss auf die Standortattraktivität einer Liegenschaft ausübt.

Die Niederämter Bevölkerung wurde im Rahmen der sozioökonomischen Studie über das Image des Kernkraftwerks Gösgen (KKG) befragt. Dabei vermuten 45 % der befragten Niederämter Imageschaden durch das KKG. 35 % nehmen an, dass das KKG keinen Einfluss auf das Image ihrer Gemeinde hat und 16% vermuten positive Imagewirkungen.

<sup>1)</sup> . Baulandpreise können auf Gemeindeebene nicht statistisch exakt erfasst werden. Ihre Höhe ist stark von der Art und Lage der gehandelten Grundstücke abhängig. Die in der sozioökonomischen Studie vorgenommenen Schätzungen der Baulandpreise beruhen auf zwei Quellen: Einerseits auf einer Modellrechnung von Wüest & Partner, andererseits auf Erfahrungswerten der im Niederamt tätigen Treuhandfirma BDO.

Der Blick von aussen auf die Region bestätigt das Bild der Niederämter: In der Nachbarregion AareLand und der übrigen Deutschschweiz ist eine Mehrheit der Bevölkerung der Ansicht, dass das KKG dem Image der Region schadet (53 % bzw. 64 %). Es muss jedoch festgehalten werden, dass Bevölkerungsbefragungen immer eine momentane Befindlichkeit darstellen.

### 3.2 Zu Frage 2

Die Sistierung der Rahmenbewilligungsgesuche für die drei zur Diskussion stehenden Kernkraftwerke durch die Vorsteherin des Eidg. Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK gibt den zuständigen Behörden die notwendige Zeit, die Ereignisse in Japan sehr gründlich zu analysieren, die richtigen Schlüsse zu ziehen und die politische Diskussion über die künftige Energiepolitik zu führen. Mit dem Bundesratsentscheid vom 25. Mai 2011 ist eine Neuausrichtung der eidg. Energiepolitik eingeläutet worden. Nun gilt es, die ökonomischen und ökologischen Auswirkungen dieses Entscheides zu präzisieren und entsprechende Umsetzungspläne auszuarbeiten. Bevor diese Diskussionen nicht vollumfänglich geführt worden sind, sehen wir von einem kantonalen Entscheid ab. Der bisher gültige energiepolitische Grundsatzenscheid des Bundesrates vom 21. Februar 2007 will mit einem Vier-Säulen-Prinzip seiner Energiepolitik (Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Grosskraftwerke und Stromausserpolitik) die Stromwirtschaft in die Lage versetzen, den sich abzeichnenden Strom-Engpass zu schliessen. Eine zentrale Rolle fällt dabei den Grosskraftwerken zu. Für uns besteht hinsichtlich der vier Säulen Gleichwertigkeit, dies gilt insbesondere auch für die Stossrichtungen "Energieeffizienz" und "Erneuerbare Energien". Der Kanton Solothurn selber stützt sich auf das Energiekonzept aus dem Jahr 2003 sowie auf das Förderprogramm für erneuerbare Energie und rationellen Energieeinsatz. Wir haben den zuständigen Fachstellen bereits den Auftrag erteilt, sowohl das Energiekonzept wie auch das Förderprogramm einer künftigen Neuausrichtung anzupassen.

### 3.3 Zu Frage 3

Es ist bekannt, dass die Reduktion um ein Steuerprozent eine Mindereinnahme von rund 7 Mio. Franken verursacht. Mit diesen Mitteln könnten jährlich rund 35 - 56 Mio. Franken - energetische Investitionen ausgelöst und eine Beschäftigungswirkung von ca. 175 - 280 Personenjahren erreicht werden. Entsprechend den Vorstellungen des Interpellanten würden so jährlich 35 - 100 Mio. Franken für eine sogenannte "Kehrtwende" im Kanton Solothurn zur Verfügung stehen. Wie viele Arbeitsplätze und Wertschöpfung letztendlich entstehen bzw. generiert würden, ist mit grossen Unsicherheiten behaftet. Dies hängt insbesondere davon ab, in welche Technologien oder Massnahmen die finanziellen Mittel eingesetzt werden.

### 3.4 Zu Frage 4

Steuern sind für einen Wirtschaftsstandort ein wichtiger, aber nicht der einzige Standortfaktor. Inwiefern mit einer staatlich verordneten "Anbauschlacht für Energieeffizienz und erneuerbare Energie" nachhaltig das Image des Kantons Solothurn als Wirtschaftsstandort gefördert werden kann, ist schwer abschätzbar. Selbstverständlich sind Überlegungen anzustellen über mögliche alternative Formen der Energieerzeugung - aber auch die Frage des Ressourcenverbrauchs muss neu gestellt werden. Besonders im Fokus stehen dabei Cleantech-Projekte. Unter dem Begriff Cleantech werden technologische Lösungen verstanden, die natürliche Ressourcen effizienter nutzen, mit anderen Worten: Produkte, Prozesse oder Dienstleistungen, welche die Leistung, die Produktivität oder die Effizienz steigern und gleichzeitig Emissionen reduzieren und die Ressourcen schonen.

In der Schweiz sind im Bereich Cleantech schätzungsweise 160'000 Personen tätig. Das entspricht 4,5 % aller Beschäftigten. Noch ist die Schweiz im Cleantech-Bereich gut positioniert, doch sie hat im vergangenen Jahrzehnt an Bedeutung verloren. Mit dem Masterplan Cleantech Schweiz, der sich an Bund, Kantone, Unternehmen und weitere Institutionen richtet, soll die Schweiz wieder eine führende Rolle übernehmen.



Andreas Eng  
Staatschreiber

### **Verteiler**

Volkswirtschaftsdepartement (2; GK-Nr. 2011-2409)

Amt für Wirtschaft und Arbeit (2; Energiefachstelle 1)

Amt für Raumplanung (2)

Amt für Umwelt

Mitglieder Projektausschuss und Arbeitsgruppe Überarbeitung Energiekonzept (10; Versand durch Amt für Umwelt)

Parlamentsdienste

Traktandenliste Kantonsrat